

hier haben sich sieben Benediktinerinnen aus der Abtei Notre Dame de Protection in Valognes (Manche) niedergelassen, um auch den afrikanischen Frauen das Vorbild und Beispiel eines Lebens in Gebet und Arbeit, in geistlicher Freiheit und liebendem Dienst zu geben. Was in Toumliline auf unabsehbar lange Zeit nicht möglich sein wird: die Einschmelzung christlich-monastischer Existenz in das Volkstum der Umwelt, das kann sich in den Ländern Schwarz-Afrikas leichter vollziehen, wenn nicht Ereignisse eintreffen wie etwa im Sudan (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 378 ff.). Je mehr jedoch die europäischen Mönche und Nonnen sich selber der afrikanischen Umwelt anpassen und je schneller es ihnen gelingt, die Gründungen einheimischem Nachwuchs zu übergeben, der unter ganz anderen geistigen und physischen Bedingungen neue und eigenständige Formen des Mönchtums zu entwickeln haben wird, um so tiefer wird die vom Konzil für solche Abenteuer frei gemachte und beflügelte Kirche ihre Wurzeln in die Völker und Länder Afrikas einsenken und Menschen eines neuen Kontinents die Fülle des Heils bringen können.

Ökumenische Nachrichten

Weltrat der Kirchen und katholischer Ökumenismus Seit der Begegnung von Papst Paul VI. mit dem Patriarchen von Konstantinopel, Athenagoras I., in Jerusalem wurden in ökumenischen Kreisen in aller Öffentlichkeit manche Zweifel an der Sendung des Weltrates der Kirchen geäußert, als sei seine Pionieraufgabe jetzt beendet, da ihm offensichtlich „die Initiative der christlichen Einheitsbewegung durch die neue Dynamik der römisch-katholischen Kirche aus der Hand geglitten“ scheine. Diese z. T. recht harten, von unserer Berichterstattung aber nicht überschätzten Zweifel (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 380 f.) haben den Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, Dr. Visser 't Hooft, nun doch genötigt, ihnen mit einer neuen, klaren Analyse über das Wesen des Weltrates entgegenzutreten, wobei er gleichzeitig die Positionen für die mit einer gewissen Zuversicht erwartete Dritte Session des Zweiten Vatikanischen Konzils neu abgesteckt hat (vgl. dazu sein Gutachten vom Herbst 1963 in: Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 72 f.). Diese Klarstellung wurde ziemlich weit gestreut. Sie liegt uns vor als Auszug einer Ansprache im Norddeutschen Rundfunk vom 16. Mai 1964 (nach epd, 15. 5. 64 bzw. öpd und EPS, 14. 5. 64; inzwischen im vollen Wortlaut in „Evangelische Welt“, 1. 6. 64), ferner als weiter ausholendes Interview in der Jubiläumsausgabe der Wochenschrift des französischen Protestantismus „Réforme“, Nr. 1001 (23. 5. 64; darin auch ein informationsreicher Aufsatz von Yves Congar OP über „Die Stunde des Konzils“).

„Genf zwischen Konstantinopel und Rom?“

Die Rundfunkansprache hatte absichtlich die Frage „Genf zwischen Konstantinopel und Rom?“ zum Thema gemacht. Dazu erklärte Dr. 't Hooft, daß die durch diese drei Ortsnamen bezeichneten Instanzen keine vergleichbaren Größen seien: „Wer auch nur einmal den Vatikan in Rom und den Phanar in Konstantinopel besucht hat, weiß, wie unendlich verschieden diese zwei sind: In Rom das administrative Zentrum einer einzelnen, durchorganisierten, weltweiten Kirche; in Konstantinopel die Leitung einer

an sich relativ kleinen Kirche, die aber gleichzeitig Kontaktpunkt für die verschiedenen großen unabhängigen nationalen orthodoxen Kirchen ist.“

„Und Genf? Es gehört gar nicht zusammen mit Konstantinopel und Rom. Denn Genf ist nicht ein kirchliches, sondern ein zwischenkirchliches Zentrum. Der Ökumenische Rat hat überhaupt keine jurisdiktionelle oder administrative Autorität. Genf hat auch keine eigene Tradition; denn wir sind nicht darum in Genf, weil es eine kirchengeschichtliche Bedeutung hat, sondern weil es eine Stadt der internationalen Arbeit und der internationalen Organisation ist. Der Ökumenische Rat ist Diener aller Kirchen und besonders der Gliedkirchen. Genf liegt also zwischen Konstantinopel und Canterbury und Berlin und Moskau und New York und Calcutta, aber auch zwischen regionalen kirchlichen Stellen wie Jaffna, wo die asiatischen Kirchen ihre Verbindungsstelle haben, und Mindolo, wo das Generalsekretariat der afrikanischen Kirchenkonferenz seinen Sitz hat... Und da Genf also nicht Zentrum ist, sondern Verbindungsstelle zwischen den kirchlichen Zentren, kann es keine eigene theologische oder ekklesiologische oder kirchenpolitische Linie haben, die irgendwie verschieden wäre von der Linie seiner Mitgliedskirchen. Was Genf sagt oder tut, ist das Ergebnis einer Diskussion zwischen Vertretern verschiedener Kirchen. Das ist übrigens auch der Grund, warum Genf manchmal nicht sprechen oder handeln kann...“

„Genf“ und die Orthodoxie

Das Verhältnis „Genfs“ zu Konstantinopel sei nicht dasselbe wie das zu Rom, erklärte Dr. 't Hooft. Denn die Orthodoxie sei in der Ökumenischen Bewegung „nicht ein Arbeiter der letzten, sondern der ersten Stunde“ und der Ökumenische Patriarch, Athenagoras I., sei „nicht nur ein Freund, sondern ein Architekt des Ökumenischen Rates gewesen“ und bleibe es. Allerdings, so bemerkt Dr. Visser 't Hooft, könne es sein, „daß die orthodoxen Kirchen wohl organisatorisch, sozusagen auf dem Papier, zum Ökumenischen Rat gehören, daß sie aber tatsächlich die Lösung des ökumenischen Problems nicht vom Ökumenischen Rat, sondern von der Katholischen Kirche erwarten“. Dieser Eindruck könne entstehen, wenn man die Kritik der Orthodoxen am Weltrat der Kirchen höre und wenn man an die Begegnungen auf höchster Ebene zwischen Orthodoxie und Katholizismus denke. „Ich bin aber überzeugt auf Grund der klaren Aussagen von orthodoxen Kirchenleitern und Theologen... daß die Gemeinschaft der orthodoxen Kirchen mit den aus der Reformation direkt oder indirekt entstandenen Kirchen nicht nur ein Provisorium gewesen ist oder ist... nicht eine aus kirchenpolitischem Opportunismus entstandene Allianz. Es ist wahr, daß es sehr tiefgreifende Unterschiede gibt zwischen Orthodoxie und Protestantismus und daß manche dieser Differenzen nicht weniger schwerwiegend sind als gewisse Differenzen zwischen Protestantismus und Katholizismus...“, besonders auf dem Gebiet der Ekklesiologie. Und doch hätten es beide hier miteinander viel leichter, als sie beide es mit dem Katholizismus haben. Denn „beide suchen eine Gemeinschaft, in der alle Kirchen ihre Selbständigkeit und Eigenart behalten“. Das sei keine Frage der Organisation, sondern ein wesentliches Merkmal ihrer Kirchen. Keine der beiden Kirchen fordere von der anderen als „conditio sine qua non der Einheit“, daß sie unter die Leitung und Jurisdiktion des Oberhauptes ihrer Kirche komme.

Was das Verhältnis zu Rom betrifft, so anerkannte Dr. 't Hooft, daß sich „mit bewundernswerter Dynamik“ auch innerhalb der römisch-katholischen Kirche eine neue ökumenische Bewegung anbahne. Einen schlagenden Beweis dafür lieferten auch die positiven Aussagen des Konzilsschemas und der Konzilsdiskussion über den Ökumenismus. Die Frage jedoch, ob die römisch-katholische Kirche dadurch nunmehr — wenn auch nicht de jure, so doch de facto — in gleicher Weise an der ökumenischen Sache mitarbeite wie die anderen Kirchen, könne nur zum Teil bejaht werden, denn der katholische Ökumenismus bleibe „in solcher Weise mit der katholischen Auffassung des Papsttums in Rom verbunden, daß dieser Ökumenismus bei aller Weite und aller Bereitschaft, die anderen Kirchen ernst zu nehmen, doch in letzter Linie eine Einladung bedeutet, sich der unter dem Papst verwirklichten Einheit anzuschließen“.

Dieser Sachverhalt bedeute nicht, daß es zu einer Konkurrenz zwischen zwei verschiedenen Formen des Ökumenismus kommen müsse, meinte Dr. 't Hooft, jedenfalls nicht im weltlichen Sinne, wohl aber zu einem rein geistlichen Wettkampf mit geistlichen Mitteln und im Bewußtsein tiefer Verantwortung füreinander und gegenüber der Welt. Über die Beseitigung noch bestehender Hindernisse führe der Weg zur heute wünschenswerten praktischen Zusammenarbeit und, was noch wichtiger sei, zu einem ernstesten Gespräch. So sei genug Arbeit für alle da, die in der ökumenischen Aufgabe mitwirken wollen. Man könne eigentlich sagen, „daß die Arbeit des Ökumenischen Rates erst richtig anfängt“. Denn so, wie er jetzt ist, sei er „nur Instrument für die Einheit der Kirche und soll in seiner jetzigen Form verschwinden, wenn die Einheit der Kirche verwirklicht wird. Vorläufig aber gibt es noch viel zu tun. Wie sollte es auch anders sein, nachdem der Rat noch keine zwanzig Jahre bestanden hat? Es ist in Gottes Rat verborgen, wann der Tag der Sammlung der ganzen Herde unter einem Hirten kommen wird. Wir brauchen aber nur zu wissen, in welcher Richtung der Weg geht.“

Kardinal Bea beruhigt

Ehe wir auf die wesentlichen Ergänzungen des Interviews in „Réforme“ eingehen, sei kurz ein Interview von Kardinal Bea erwähnt, das in der römischen Zeitschrift „La Civiltà Cattolica“ (18. 4. 64; vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 454) erschienen ist und das sowohl der Evangelische wie der Ökumenische Pressedienst, offenbar in bezug auf die Verlautbarungen von Dr. Visser 't Hooft, am 16. Mai im Auszug verbreitet haben. Hier wendet sich der Leiter des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen gegen die Besorgnis gewisser nichtrömischer Kreise, wonach die römisch-katholische Kirche versuche, die Initiative der christlichen Einheitsbewegung an sich zu reißen und die orthodoxe Kirchenwelt dem Ökumenischen Rat in Genf zu entfremden.

Der Kardinal erklärt, es sei durchaus angemessen, daß die im Heiligen Land ansässigen Ortskirchen untereinander Kontakte pflegen und den in Rhodos beschlossenen Dialog mit der römisch-katholischen Kirche anbahnen. Diese Begnungen im Heiligen Land bedeuteten jedoch keinesfalls, daß Rom die lutherischen und reformierten Christen im Westen vergessen wolle. Alle Verfechter der christlichen Einheit seien dem Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf für seine Bemühungen um diese große Sache dank-

bar. Das Vatikan-Sekretariat für die Einheit habe sich seit seiner Bildung um eine Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Rat bemüht und werde sich auch künftig darum bemühen. Die Anwesenheit der orthodoxen Kirchen dort sei gewiß von großem Nutzen für die angestrebte Einheit, und es sei nicht einzusehen, warum die römisch-katholische Kirche danach trachten sollte, die Orthodoxie vom Ökumenischen Rat loszulösen. Soweit der Auszug des Evangelischen Pressedienstes.

„Jesus Christus ist das einzige Zentrum“

Das Interview von Dr. Visser 't Hooft in „Réforme“ beantwortet zunächst Fragen über die neuen Probleme der Arbeit des Weltrates der Kirchen seit dem Beitritt der Russischen Orthodoxen Kirche und zahlreicher afrikanischer Gemeinschaften. Dann wird der Generalsekretär nach seinem Urteil über den römisch-katholischen Ökumenismus gefragt. In Ergänzung zu den positiven Äußerungen, die wir schon kennen, heißt es, daß man eine gute Lösung für eine Konzilerklärung zur Religionsfreiheit erwarten dürfe. „Aber man kann auch die Wolken nicht verbergen.“ Es bestehe zum Beispiel keine vernünftige Hoffnung auf einen baldigen substantiellen Fortschritt in der Frage der Mischehen. Die Modalitäten bei der Konversion der Prinzessin Irene zum Katholizismus, „ihre Wiedertaufe ohne vorausgehende Untersuchung und ohne den geringsten Kontakt mit einem Repräsentanten der Reformierten Kirche der Niederlande stellen irritierende und schwere Probleme für unsere Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche dar“ (zur Konversion der Prinzessin Irene vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 425).

Kurz gesagt: die positive Seite des katholischen Ökumenismus — und sie sei bedeutsam — sei die Anerkennung der Existenz und der Bedeutung der Ökumenischen Bewegung durch die katholische Kirche. Was 1920 unmöglich war, sei heute im Jahre 1964 eine Tatsache: „Man anerkennt die kirchliche Existenz der nicht-katholischen Christen.“

Auf die Frage, warum die katholische Kirche zwischen „christlichen Gemeinschaften“ und „Kirchen“ unterscheide, antwortete der Generalsekretär, das sei nur eine Nuance, aber ganz allmählich verstärkte man sie zu einer Anerkennung des „Ekklesialen“ in den „Gemeinschaften“. Das eigentliche Problem beim katholischen Ökumenismus sei nicht, daß es ihn gebe, denn man kenne auch einen lutherischen, einen kalvinistischen und einen orthodoxen Ökumenismus, sondern die katholische Antwort auf das ökumenische Problem sei, daß alle anderen Kirchen nicht nur die römische Lehre, sondern auch die römische Struktur der Kirche und demnach den Papst als Schiedsrichter in Fragen des Glaubens und der Sitte annehmen müßten. Der Papst habe neulich in einer Generalaudienz den Satz gesagt: „Ihr könnt ein starkes Gefühl der Sicherheit haben, denn ihr könnt sagen: Ich bin in der Einheit, ich bin bei Petrus . . .“ Das sei für nichtkatholische Christen etwas hart.

Leider zitiert 't Hooft nicht aus der betreffenden Ansprache des Papstes jene Teile, die deutlich betonen, daß Katholiken diese Sicherheit „unverdient und aus Gnade“ empfangen. Darum warnte Papst Paul VI. die Gläubigen in dieser Ansprache vor einer falschen katholischen Sekuritas und wünschte ihnen mit einer geradezu evangelischen Argumentation „ein gewisses Gefühl der Unsicherheit, das sich auf unsere Gebrechlichkeit gründet. Petrus ist stand-

fest, solange er sich auf Christus gründet, das heißt auf den Glauben, dessen Hüter und Zeuge er ist; er wankt, sobald er sich nur auf sich selber verläßt . . ." (vgl. „Osservatore Romano“, 23. 1. 64, S. 1, Sp. 4).

Doketismus?

Die entscheidende Frage, die auch die Überschrift des Interviews heraushebt, gilt dem Zentrum der Ökumenischen Bewegung. Leider habe auch ein so objektiver Beobachter wie Henry Fesquet neulich geschrieben: „Das Zentrum der Ökumenischen Bewegung ist dabei, sich zu verschieben.“ Dieser Satz habe ihn, 't Hooft, gekränkt: „Ich habe die sehr starke Überzeugung, daß der Ökumenismus kein geographisches Zentrum hat. Die einzige Mitte der Ökumenischen Bewegung ist Jesus Christus, unser gemeinsamer Herr. Von einem Zentrum im geographischen Sinne zu sprechen ist schon kein Ökumenismus mehr. Das heißt die Dinge in politischen Kategorien der Macht und der Blockbildungen sehen. Ich habe noch nie Genf als Zentrum in diesem Sinne gedacht. Wenn wir in Genf sind, so einzig aus praktischen und nicht aus kirchlichen Gründen.“ Das Zentrum des Ökumenismus könne sich also gar nicht verschieben.

Es ist sicher gut und richtig, daß diese Klarstellung erfolgt ist, obwohl sie ein entscheidendes ekklesiologisches Problem enthält. Fällt sie nicht eigentlich unter die Warnung vor einem ekklesiologischen Doketismus, die Dr. Visser 't Hooft einmal deutlich hat ergehen lassen (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 138)? Zu Beginn einer Reihe von Analysen über „Der Weltrat der Kirchen vor der 3. Vollversammlung“ konnten wir damals mit Genugtuung den Bericht über die Tagung des Zentralausschusses in St. Andrews mit Zitierungen aus einem neuen Buch von Dr. Visser 't Hooft: „Unter dem einen Ruf“ einleiten (Eine Theologie der Ökumenischen Bewegung. Evangelisches Verlagswerk, Stuttgart 1960, S. 87—91). Folgende Sätze sind sicher auch heute noch gültig:

„Viel Verwirrung wird dadurch angerichtet, daß man in den ökumenischen Diskussionen das Wort Einheit benutzt, ohne es genügend zu definieren. Wir haben also zwischen der Einheit des Weges und der Einheit des Zieles zu unterscheiden.“ Die gegebene Einheit der gemeinsamen Berufung fordere die wachsende Einheit im Vollzug dieser Berufung über die „kirchliche Einheit in Glaube und Verfassung“ hinaus zur endgültigen Einheit in Christus. Dazu findet sich dieser gewichtige Satz: „Wie es irrig ist, zu leugnen, daß Jesus Christus in das Fleisch kam, so ist es irrig, zu leugnen, daß die Kirche ihre Einheit auch konkret in faßbaren Formen manifestieren soll“, und zwar wegen der Herrlichkeit Christi, der sich auch im sichtbaren Einssein der Kirche offenbaren will.

Lutherisches Studiendokument:
„Die Kirche und das jüdische Volk“
Unter der Verantwortung der Missionsabteilung des Lutherischen Weltbundes hat vom 26. April bis 2. Mai 1964 in Løgumkloster, Dänemark, eine Kommission von 40 Theologen und Missionaren aus 14 Ländern unter dem Vorsitz von Bischof Heinrich Meyer, Lübeck, beraten, um für das Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes, das am 31. August in Reykjavik auf Island zusammentritt, ein Studiendokument zur Frage „Die Kirche und das jüdische Volk“ zu erarbeiten. Der uns vorliegende summarische Bericht (nach Release Nr. 16/64 des englischen Pressedienstes des Lutherischen

Weltbundes in Genf) verzeichnet auch die Anwesenheit von Rabbi Arthur Gilbert von der Nationalkonferenz von Christen und Juden in New York sowie eines Vertreters der Kommission des Weltrates der Kirchen über „Die Kirche und das jüdische Volk“. Als Referenten werden u. a. genannt Prof. Joh. Aagard, Dänemark, über „Die Kirche und die Juden in der Eschatologie“, Prof. H. K. Rengstorff, Münster i. Westf., über „Die Stellung der Juden in der Theologie der christlichen Mission“, Rabbi Arthur Gilbert, über „Die Sendung des jüdischen Volkes in Geschichte und Gegenwart“, Rev. Risto Santala, Israel, über „Der Staat Israel — eine christliche Beurteilung“, und Prof. Günther Harder, Berlin, über „Der christlich-jüdische Dialog“. Es wurden fünf Ausschüsse gebildet, von denen vier ausgewogene Berichte vorlegen konnten, die im Anhang beigefügt sind.

„Die Kirche und Israel“

Der erste Bericht handelt vom rechten Gebrauch des theologischen Begriffes Israel für das alte Bundesvolk und für das „Neue Israel“, die Kirche. Durch die Verwendung desselben Begriffes für das jüdische Volk wie für die Christenheit bezeuge die Kirche, daß eine Spaltung zwischen beiden besteht, die nach Paulus (Röm. 11, 26) erst geheilt werden wird, wenn ganz Israel Jesus von Nazareth als den Messias anerkennt. Darum müsse die Kirche täglich für die Juden beten. „Alle, die sich im Glauben durch die Taufe zu Christus bekannt haben, sind Christen, ohne Unterschied, ob sie aus dem Volk des Alten Bundes oder aus den Heiden kommen. Begriffe wie ‚hebräische Christen‘ führen in die Kirche eine unbiblische Spaltung ein. — Die Sammlung der Juden im Lande der Patriarchen mag in Gottes Erlösungsplan eine besondere Bedeutung haben. Wir stehen dieser Entwicklung zeitlich noch zu nahe, um ein genaues Urteil über ihre religiöse Bedeutung aussprechen zu können. Gottes Handeln in der Geschichte können wir nicht erkennen.“

„Mission und Dialog“

Der zweite Bericht handelt von der missionarischen Verantwortung der Kirche und ihrer Pflicht, das Glaubenszeugnis auch den Juden auszurichten. „Wo jüdische Gemeinden in der Welt nicht auf normalem Wege durch christliche Gemeinden erreicht werden können, müssen Missionsgesellschaften zur Verkündung des Evangeliums an dieses Volk geschaffen werden.“ Aber Mission genüge nicht: „Es gehört zur christlichen Verantwortung, sich respektvoll um ein Verständnis des jüdischen Volkes und seines Glaubens zu bemühen. Darum sind verantwortliche Gespräche zwischen Christen und Juden zu wünschen und zu begrüßen. Solche Gespräche setzen die Existenz einer gemeinsamen Grundlage voraus, auf der sich Christen und Juden treffen können, ebenso wie bestimmte Unterschiede. Die Gespräche können von organisierten Instituten oder von Einzelnen wie Gruppen durchgeführt werden. Die Gespräche beruhen nicht auf der Annahme, daß die Religionen gleichartig sind, noch erfordern sie, daß die Christen sich eines Glaubenszeugnisses als natürliches Ergebnis der Diskussion enthalten. Ebenso werden Christen gerne zuhören, wenn Juden ihre Glaubenserkenntnisse erklären.“ Dieser Bericht scheint völlig außer acht zu lassen, daß die Juden vor allem im Staat Israel das Reden von der christlichen Mission an ihnen als bitteres Ärgernis empfinden.

Der Bericht des dritten Unterausschusses verurteilt in scharfer Form jeden Antisemitismus, weil er eine Verleugnung des Ebenbildes Gottes in den Juden bedeute: „Er stellt eine dämonische Form der Auflehnung gegen den Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs dar, und er ist eine Verwerfung von Jesus, dem Juden . . . Christlicher Antisemitismus ist Selbstmord.“ Es folgt ein ernstes Bekenntnis der Mitschuld der Christen, auch der besonderen Schuld der Lutheraner an den Untaten gegen die Juden. Es gebe keine wirkliche Überwindung des Antisemitismus, es sei denn durch eine Rückkehr zum lebendigen Gott in der vergebenden Macht Jesu Christi. Deshalb wird dem Lutherischen Weltbund und seinen Mitgliedskirchen dringend nahegelegt, alle kirchlichen Veröffentlichungen daraufhin zu überprüfen, ob sie Ansätze zum Antisemitismus enthalten, indem z. B. das jüdische Volk für den Tod Jesu Christi verantwortlich gemacht wird. Auch sollte allen nationalen oder internationalen Äußerungen des Antisemitismus entgegengetreten werden. Die Gemeinden aber sollten sich um Verständnis und Liebe zu ihren jüdischen Nachbarn bemühen.

Um eine lutherische Kirche im Staat Israel

Der vierte Ausschuß hatte die Frage zu klären, wie man im Staat Israel, wo die Lutheraner nicht als Körperschaft öffentlichen Rechts anerkannt sind, eine vereinigte lutherische Kirche errichten könne, die ihren Verkündigungsauftrag in Israel erfüllt. Zu diesem Zweck sollten die Heimatkirchen jener lutherischen Gruppen, die es z. Z. im Staate Israel gibt, darauf hinwirken, daß die Frage studiert wird, wie in Israel eine einheimische vereinigte lutherische Kirche gegründet werden kann. Ebenso sollte man Verbindung mit anderen protestantischen Gruppen in Israel aufnehmen. Der Lutherische Weltbund sollte an diesen Verhandlungen durch einen Vertreter beteiligt sein. Ferner wird die Gründung eines ökumenischen Studienzentrums in Jerusalem in Anlehnung an das dort schon bestehende Schwedische Theologische Institut angeregt. Auch sollte man für Touristenseelsorge in Israel eine Touristen-Kaplanei einrichten, deren Inhaber Englisch, Deutsch, Skandinavisch und Hebräisch können sollte.

Es wird im Bericht des vierten Ausschusses eigens, wenn auch kurz, vermerkt, daß man die Schwierigkeiten für die Christen in Israel, besonders für die jüdischer Abstammung, erörtert und die Solidarität mit ihnen bekundet habe.

Der fünfte Ausschuß, der keinen Bericht erstellen konnte, hat sich mit der Frage beschäftigt, wie man eine repräsentative Körperschaft bilden könne, unter deren Verantwortung es fallen würde, ständig die christlich-jüdische Frage zu studieren, einschließlich einer Theologie des Verhältnisses von Christentum zu Judentum sowie Fragen der Mission, des Dialogs und der Hilfeleistung, schließlich die Fragen interkonfessioneller Gruppenbeziehungen. Die Kommission des Lutherischen Weltbundes für Weltmission solle sich der Sache annehmen. Ein Verzeichnis der in den verschiedenen Städten Israels — Haifa, Tel-Aviv und Jerusalem — zur Zeit lebenden lutherischen Gemeinschaften beschließt den Bericht. Man wird nun abwarten müssen, was das Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes Anfang September in der Sache entscheiden wird. Wie man sieht, ist nicht nur das Zweite Vatikanische Konzil mit dem Thema beschäftigt.

Nachspiel der Pariser Kundgebung gegen die Kirchenverfolgung in der Sowjetunion

Wie zu erwarten war, hat Moskau schnell und empfindlich auf die große Pariser Kundgebung vom 11. März 1964 gegen die Verfolgung der Kirche in Rußland reagiert (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 383).

Russische Hierarchen mußten die im Ausland laut gewordenen Proteste entkräften. Auch dies war zu erwarten. Es drängt sich der Vergleich mit der Situation zu Beginn der dreißiger Jahre auf, als die Weltöffentlichkeit gegen die im Zuge der Zwangskollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft ausgelöste Verfolgung der Russischen Kirche protestierte. Die alarmierten Sowjets zwangen damals den Metropoliten Sergij (als amtierendes Oberhaupt der Kirche), in Presseinterviews mit sowjetischen und ausländischen Korrespondenten die Tatsache der Religionsverfolgung in der Sowjetunion in Abrede zu stellen. Sergij gab sich dazu her — die Echtheit seiner in der Sowjetpresse veröffentlichten Aussagen unterstellt —, um noch Schlimmeres für seine Kirche abzuwenden.

Diesmal wurde die Person des Kirchenoberhauptes aus dem Spiel gelassen. Die Aufgabe fiel zwei jüngeren Hierarchen zu. Aber es gibt noch einen Unterschied zur Lage vor 34 Jahren. Die betreffenden Verlautbarungen waren diesmal nur für das Ausland bestimmt; die Sowjets wagten es nicht, sie dem sowjetischen Leser vorzusetzen.

Interview des Metropoliten Nikodim

Schon am 14. März brachte die Pariser kommunistische „Humanité“ ein Interview ihres Moskauer Korrespondenten Jean Kanapa mit dem Metropoliten Nikodim, Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats. Die Aussagen des Metropoliten lassen sich nur im Zusammenhang mit den ihm von der politischen Regie vorgelegten Fragen würdigen, die wohlweislich keine Einzelheiten der kirchlichen Lage in der Sowjetunion berühren.

Von einem Todeskampf des Christentums in der Sowjetunion könne keineswegs gesprochen werden, entgegnete Nikodim auf die erste Frage Kanapas, der sich auf entsprechende Formulierungen von François Mauriac auf der Pariser Kundgebung vom 11. März bezog. „Ich kann Ihnen versichern, daß es bei uns eine große Zahl Gläubiger gibt, die von ihren christlichen Überzeugungen fest durchdrungen sind und die ihren christlichen Glauben in ihren täglichen Andachtsübungen nach den in der Orthodoxen Kirche geltenden Riten bezeugen.“ Nikodim wies darauf hin, daß ja die sowjetische Presse selbst immer wieder von der Lebendigkeit der Religion und insbesondere der Orthodoxen Kirche spreche. Nicht konnte er sagen, daß dieselbe Presse ebenso deutlich die Kirchenverfolgung erkennen läßt.

Mit ebenso gutem Gewissen konnte der Metropolit auch die zweite Frage verneinen, ob nämlich die sowjetische Religionspolitik der Politik der „friedlichen Koexistenz“ zuwiderlaufe. Er brauchte nur die sowjetischen Thesen zu wiederholen, daß sich die „friedliche Koexistenz“ nur auf das Verhältnis zwischen den Ländern mit verschiedener politischer und sozialer Struktur beziehe, dagegen nicht auf das Verhältnis zwischen entgegengesetzten Ideologien, zwischen denen Kampf herrschen müsse. So konnte er zugeben, daß es in der Sowjetunion „eine beträchtliche Zahl Nichtgläubiger“ gäbe, „die die Religion als System von Ideen bekämpfen“. „Die Atheisten möchten die ganze Welt zum Atheismus bekehren. Unsere — der Christen — Berufung ist es, vor der ganzen Welt für Christus Zeugnis

abzulegen, damit ein jeder vom Wort Gottes ergriffen werde und ihm nachfolge.“

Ebensowenig konnte Nikodim die Frage bejahen, ob die westlichen Kundgebungen und insbesondere die Pariser Protestkundgebung vom 11. März der „friedlichen Koexistenz“ dienlich seien. Er mußte sein Bedauern über diese zum Ausdruck bringen. Ihre Urheber seien über die Vorgänge im Leben der Russischen Kirche nicht richtig informiert, gäben sich falschen Verallgemeinerungen hin und entstellten wissentlich oder unwissentlich die „wahre Lage der Dinge“. Der Metropolit ließ offen, was unter dieser zu verstehen ist, das innere Leben der Kirche (dessen Kraft und Lebendigkeit er betont) oder die Kirchenverfolgung (über die er schweigen muß).

Nikodim bezeichnete es als eine Verleumdung der russischen Geistlichkeit, wenn im Ausland behauptet werde, sie sei gezwungen, die Wahrheit über die Lage der Christen in der Sowjetunion gegenüber ausländischen Touristen und Delegierten zu verschweigen. Im Gespräch mit den westlichen Christen bespreche man die Probleme der Kirchen, besonders die mit der zunehmenden Säkularisierung der Welt zusammenhängenden Schwierigkeiten, von denen der Atheismus ein Ausdruck sei. „Aber wir sprechen nicht über das, was nur in der übermäßigen Einbildungskraft gewisser Leute oder überhaupt nicht existiert. Es kommt auch vor, daß unsere westlichen Brüder, wenn sie bei uns Formen des religiösen Lebens, Ausdrucksmittel des Glaubens oder eine soziale Tätigkeit der Kirche sehen, die von ihren eigenen ganz und gar verschieden sind, sich nicht mehr auskennen und darin das Ergebnis eines von außen auf die Kirche ausgeübten Drucks, einen Beweis für ihre Unfreiheit erblicken. Aber das kirchliche Leben bei uns hat seine Formen im Laufe einer geschichtlichen Entwicklung geprägt, die anders verlaufen ist als im Westen. Es sind dies unsere Traditionen, mit denen wir eng verbunden sind“ (vgl. auch öpd, 26. 3. 64).

Ob man mit Recht von einer antireligiösen Unterdrückung und Verfolgung in der Sowjetunion sprechen könne, lautete die letzte und entscheidende Frage Kanapas. Sie war so gestellt, daß der Metropolit sie wiederum verneinen mußte. Die Verstärkung der antireligiösen Propaganda, sagte Nikodim, sei nicht als Verfolgung der *Religion*, sondern als ideologischer Kampf zu verstehen; „Verfolgung“ bedeute die Anwendung administrativer Maßnahmen gegen die *Gläubigen*. Diese Unterscheidung, die sich der Dialektik zwischen „friedlicher Koexistenz“ und „ideologischem Kampf“ einfügt (s. oben), läßt durchblicken, auf welcher Grundlage die Kirchenleitung seit den Tagen des Metropoliten Sergij unter dem Druck der kommunistischen Diktatur die *Religionsverfolgung* in der Sowjetunion ableugnen kann. Auch Sergij hatte in seinem Interview von 1930 die Religionsverfolgung in Abrede gestellt, auch damals wurde der Ausdruck „*Kirchenverfolgung*“ vermieden.

Die schwächste Stelle in den Erklärungen Nikodims ist die — ihm zweifellos unter dem Druck der Zwangslage abgenötigte — positive Schilderung der Lage der Gläubigen. Allerdings ist der Kontext hier höchst unklar und umgeht im Grunde genommen eine eindeutige und klare Stellungnahme gerade im Hinblick auf die „administrativen Maßnahmen“. Nikodim erklärte: „Wenn man im Westen von einer Verstärkung der antireligiösen Propaganda in unserem Land hört, erblicken viele darin eine Verfolgung der Religion, aber es handelt sich um etwas anderes, um den Kampf von Ideen. Verfolgung bedeutet

administrative Maßnahmen, die gegen die Gläubigen ergriffen werden. Bei uns ist jedoch die Gleichheit der Rechte für alle Bürger nicht nur in der Verfassung niedergelegt, sondern auch in der Praxis angewandt. Religiöse Diskriminierung wird vom Gesetz ebenso geahndet wie nationale und Rassendiskriminierung, und der Gläubige macht von seinen Rechten aktiv Gebrauch. Die Nichtgläubigen haben weder das Recht noch die Möglichkeit, diese Rechte zu beeinträchtigen . . . Es gibt absolut keinen Antagonismus zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen bei uns, unter welcher Form auch immer. Der Gläubige ist in der Sowjetunion ein völlig gleichberechtigter Bürger.“ Der Schlüssel zu dieser Behauptung liegt vermutlich in der Bedeutung, die im sowjetischen Sprachgebrauch der Begriff „Antagonismus“ unter Einwirkung der marxistischen Dialektik angenommen hat. Diese unterscheidet bekanntlich antagonistische und nichtantagonistische Widersprüche. Antagonistische Widersprüche im gesellschaftlichen Leben bringen die unversöhnlichen Klassengegensätze in der Ausbeutergesellschaft zum Ausdruck und können nur durch revolutionären Klassenkampf und soziale Revolution gelöst werden. Alle Entwicklung beruht auf dem Kampf innerer Widersprüche. Nach offizieller Version sind aber in der Sowjetunion seit dem „Sieg des Sozialismus“ die gesellschaftlichen Widersprüche, d. h. die antagonistischen Klassen, beseitigt. Kann es dann in der Sowjetunion überhaupt noch Entwicklung geben? Aus dieser Sackgasse suchen sich die marxistisch-leninistischen Theoretiker zu retten, indem sie behaupten, in der Sowjetunion schreite nun die Entwicklung im Kampf zwischen „nichtantagonistischen“ Widersprüchen vorwärts. Diese werden nicht durch erbitterten Klassenkampf überwunden, sondern durch „schrittweise, planmäßige Wandlung der wirtschaftlichen und anderen Bedingungen . . ., durch den Kampf zwischen Neuem und Altem, zwischen dem Fortschrittlichen und Rückständigen, zwischen dem Revolutionären und Konservativen“ (Philosophisches Wörterbuch, Moskau 1963, S. 22). Diese Definition gilt genauestens auch für den Gegensatz zwischen Religion und Atheismus in der Sowjetunion. Man kann also dem Metropoliten Nikodim nicht zum Vorwurf machen, er habe mit der Leugnung eines „Antagonismus“ zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen die Wirklichkeit beschönigt.

Im übrigen wußte Nikodim, daß man im Ausland recht gut — durch die Sowjetpresse selbst — über die „administrativen Maßnahmen“ orientiert ist, durch die Geistliche und Gläubige ständig schikaniert werden. Sein Schweigen über diese Dinge — dessen war er sich zweifellos bewußt — ist ein beredtes Zeugnis für die wahre Lage der Dinge. Einzelheiten, die auf der Pariser Protestkundgebung genannt worden waren, hat er nicht dementiert. Dies besorgte die „Humanité“ in der Einleitung zum Interview, wo sie sich bemüht, ein idyllisches Bild der Lage der Gläubigen im Zeichen angeblicher Toleranz des Sowjetstaates zu entwerfen. Nikodim versicherte lediglich, daß die Prozeßverfahren gegen zwei Bischöfe, über die vor einiger Zeit viel gesprochen worden sei, nicht ihre kirchliche Tätigkeit, sondern „tatsächliche Vergehen“ zum Gegenstand gehabt hätten (Spekulation und Steuerhinterziehung, wie die „Humanité“ geflissentlich erläuterte). In einem Interview für „France-Presse“ führte Metropolit Nikodim später eine andere Sprache. Hier gab er immerhin zu, daß es „mitunter zu Gesetzesübertretungen und administrativen Eingriffen lokaler Behörden in kirch-

liche Angelegenheiten kommt“; doch er versicherte, daß solche Praktiken von den zentralen Behörden jedesmal richtiggestellt werden. Unter dem Druck der atheistischen Propaganda hätten sich die Priesterberufungen etwas vermindert; hierdurch sei die Schließung kirchlicher Seminare zu erklären („La Croix“, 22. 4. 64, nach „Bulletin orthodoxe“, Nr. 36, 1964).

Erklärung des Metropoliten Pimen

Zwei Tage später verbreitete die sowjetische Nachrichtenagentur ein Interview mit dem Metropoliten von Kruticy, Pimen, der ständiges Synodalmitglied ist und als Vortreter der Moskauer Eparchie zum engeren Führungskreis im Patriarchat gehört. Er war um Stellungnahme zu den im Westen, besonders in der französischen Presse veröffentlichten Nachrichten über die Lage der Kirche in der Sowjetunion gebeten worden. Seine Erklärung lautete:

„Meiner festen Überzeugung nach haben die westlichen Journalisten und alle, die über die Lage der Kirche beunruhigt sind, keinen Grund, sich über ihr und der Gläubigen Schicksal in der Sowjetunion Sorgen zu machen. Die in der westlichen Presse erschienenen Artikel vermitteln eine falsche Vorstellung von der Lage der Russischen Orthodoxen Kirche und stellen das Leben der Gläubigen in einem falschen Licht dar. Ich halte es für meine Pflicht, Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen.

Es ist eine evangelische Wahrheit, daß die Kirche ‚auf dem Fels des Glaubens‘ ruht. Der Glaube der Glieder unserer Kirche ist stark, und sie bekennen sich frei zu ihm.

Ich meine, daß es wahre und echte Freiheit des Bekenntnisses dieser oder jener Religion, darunter auch des orthodoxen Glaubens in der Sowjetunion, gerade unter den heutigen Bedingungen gibt, wo die Kirche vom Staat getrennt ist.

Das Recht, sich zu jeder religiösen Überzeugung oder zu gar keiner religiösen Überzeugung zu bekennen, wird den Bürgern der Sowjetunion durch Art. 124 des Grundgesetzes gewährleistet.

Damit dieses Recht verwirklicht werden kann, stehen den Gläubigen prachtvolle Kirchengebäude zur Verfügung, in denen Gottesdienste stattfinden, die Sakramente und die verschiedenen Riten vollzogen und Predigten gehalten werden.

Die Russische Orthodoxe Kirche verfügt über zahlreiche Priester und Prediger. Ihre Ausbildung geschieht in Seminaren und Akademien.

Das Moskauer Patriarchat läßt durch seine Verlagsabteilung von Zeit zu Zeit heilige Bücher drucken. So wurden mit dem Segen des Patriarchen von Moskau und ganz Rußland, Aleksij, in den letzten Jahren gedruckt: Die Bibel, das Neue Testament, der Psalter, Gebet- und gottesdienstliche Bücher. Jährlich erscheinen Kirchenkalender. Neben seiner Monatszeitschrift gibt das Moskauer Patriarchat auch ein theologisches Organ heraus [im franz. Text ‚Bulletin théologique‘; gemeint ist der erst zweimal erschienene Sammelband ‚Theologische Abhandlungen‘].

Das Leben der Orthodoxen Kirche verläuft ungehindert. Die Mittel zu ihrer Existenz werden durch freiwillige Opfer der Gläubigen aufgebracht, die völlig ausreichen, um alle Kirchengebäude in gutem Zustand zu erhalten, die kostspielige künstlerische Restaurierung alter Ikonen und Fresken durchzuführen, Ikonostasen, Kuppeln und Kreuze der Kirchen zu vergolden.

Wir sind in der Lage, herrliche Kirchenchöre, die aus

talentierten Sängern bestehen, zu unterhalten. Diese Chöre verleihen den Gottesdiensten besondere Feierlichkeit und Pracht.

In der Sowjetunion leben neben den Gläubigen viele Atheisten. Die einen und die anderen sind vor den sowjetischen Gesetzen gleich. Es kann nicht bestritten werden, daß wir Gläubigen bedauern, daß es den Atheismus gibt. Ihrerseits haben die Atheisten das Recht, ihre Weltanschauung unserem Glauben entgegenzustellen.

Atheisten gibt es im übrigen in allen Ländern. Deshalb kann man den Kampf der Meinungen in der Sowjetunion nicht als eine gegen die Gläubigen gerichtete Bewegung auffassen. Wenn die Sowjetpresse die Fehler und Vergehen einzelner Personen aufdeckt, unter denen auch Gläubige zu finden sind, so kann das nicht als eine Glaubensverfolgung bezeichnet werden. In der Sowjetunion werden die Vergehen aller kritisiert, von wem sie auch begangen werden, von Gläubigen oder Atheisten, von einfachen Bürgern oder solchen, die hohe Ämter bekleiden.

Ich wünschte es, daß über das Leben in der Sowjetunion und darunter auch über das Leben der Orthodoxen Kirche keine falschen Nachrichten in die westliche Presse dringen. Jede Verzerrung der Wahrheit schadet der Verständigung unter den Völkern, sät Mißtrauen und Argwohn zwischen ihnen und untergräbt die Grundlagen des Friedens. Hinsichtlich der Festigung des Friedens auf Erden teilen wir — die Bischöfe, die Geistlichkeit und die Gläubigen — voll und ganz den Standpunkt S. Heiligkeit des Patriarchen Aleksij.

Im Sommer vergangenen Jahres sagte der Patriarch in einer Rede vor seinen Gästen, den in der Sowjetunion weilenden Hierarchen der orthodoxen und anderer christlicher Kirchen vieler Länder der Erde: ‚Der Friede auf Erden, der Friede unter den Völkern, der Friede, den heute alle vernünftigen Menschen mit einer gesunden Einstellung zum Leben verteidigen, bedeutet eine Welt ohne Kriege, friedlicher Koexistenz und internationaler Zusammenarbeit.‘

Indem sie ihr Leben dem Dienste an Gott und dem Nächsten weihen, wirken die Glieder unserer Kirche mit am Aufbau einer neuen Gesellschaft in ihrem Lande und verteidigen zusammen mit allen sowjetischen Menschen und allen Menschen auf Erden, die guten Willens sind, den für jeden einzelnen Menschen notwendigen Frieden für alle Völker“ (U. R. S. S., Bulletin édité par le bureau soviétique d'information, Paris 17. 3. 64; vgl. „Pravoslavnaja Rus“, Nr. 6, 1964; öpd, 26. 3. 64).

Es fällt auf, daß sich auch Metropolit Pimen kaum dazu hergibt, die im Westen bekanntgewordenen Tatsachen der sowjetischen Kirchenverfolgung im einzelnen zu dementieren. Das Wesen der Aussage scheint oft in dem Nichtgesagten zu liegen. So macht Metropolit Pimen zur entscheidenden Frage der Auflagenhöhe der kirchlichen Presseerzeugnisse keine Angabe. Wenn er versichert, daß den Gläubigen „prachtvolle Kirchengebäude zur Verfügung stünden“ und die Ausbildung der „zahlreichen Priester“ in Seminaren und Akademien erfolge, so dementiert er damit keineswegs die durch sowjetische Quellen belegten Massenschließungen von Kirchen und die entsprechende Reduzierung der Geistlichkeit. Hinsichtlich der Geistlichen Schulen brauchte er kein Wort zu verlieren, da die Schließung von drei Seminaren längst offiziell bekannt war und der Märznummer des Journals des Moskauer Patriarchats zu entnehmen ist, daß inzwischen

auch das Minsker Seminar geschlossen wurde, so daß nur noch vier Anstalten dieser Art geöffnet sind. Dem aufmerksamen Leser kann auch nicht entgehen, wie treffend der ungleiche Kampf zwischen Religion und Atheismus in der Sowjetunion geschildert wird: die Gläubigen können das Vorhandensein des Atheismus nur „bedauern“, während die Atheisten ihre Anschauung dem christlichen Glauben „entgegenstellen“.

Verwunderung könnte es beim Außenstehenden erregen, daß der Metropolit in einer Situation, in der es um Tod oder Leben der Kirchenorganisation geht, so betont von den Mitteln spricht, die der Kirche für die Verschönerung und Restaurierung alter Kirchen und Ikonen zur Verfügung stehen. Man muß berücksichtigen, daß die Orthodoxe Kirche in erster Linie Kultkirche ist, dann aber auch, daß die Sowjetgesetze kirchliche Aktivität und Verwendung kirchlicher Gelder eben nur im rein kultischen Rahmen gestatten. Und wenn der Metropolit auf die Opferwilligkeit der Gläubigen hinweist, so liefert er damit kein Gegenargument gegen die Behauptungen von ihrer Bedrückung und Verfolgung.

Problematischer erscheint seine Versicherung, daß die wahre Freiheit des religiösen Bekenntnisses erst mit der Trennung von Kirche und Staat durch die Revolution von 1917 verwirklicht wurde (vgl. identische Thesen des Metropoliten Pimen in der für die Emigration bestimmten sowjetischen Zeitschrift „Golos rodiny“, wo er auf Leserzuschriften antwortet). Hierin liegt eine Teilwahrheit, insofern das Bekenntnis des orthodoxen Glaubens vor der Revolution häufig unter staatlichem Zwang stand, in der Sowjetunion dagegen ein freies, existenzbedrohendes Wagnis ist. Sicherlich liegt hier auch ein zur westlichen Auffassung unterschiedlicher Begriff von der Freiheit religiösen Bekenntnisses vor, da die Orthodoxie aus ihrer geschichtlichen Tradition heraus dabei weit weniger auf die gesellschaftliche Dimension Anspruch erhebt. Nur so ist es auch zu erklären, wenn Metropolit Pimen in der erwähnten Beantwortung von Leserzuschriften behaupten kann, die Sowjetverfassung enthalte eine besondere Erwähnung des Rechts der religiösen Propaganda deshalb nicht, weil das „nicht nötig sei“. Die Gläubigen verfügten über die „mannigfaltigsten Mittel religiöser Propaganda“, deren sie sich in ihrer „religiösen Praxis“ bedienen (Gottesdienste, Predigten, Sakramente, Riten, Herausgabe kirchlicher Zeitschriften und Bücher, Geistliche Schulen).

Stellungnahme des Moskauer Exarchen für Westeuropa

Eine freiere Sprache konnte der die Moskauer Patriarchatskirche in Westeuropa vertretende Exarch, Erzbischof Antonij (Blum), in einem Interview für die Schweizer Zeitung „Suisse Dimanche“ führen. Seinen Aussagen kommt besondere Bedeutung zu, da sie seit langer Zeit die ersten freimütigen Äußerungen eines zur Moskauer Jurisdiktion haltenden repräsentativen Kirchenfürsten der Emigration sind. Erzbischof Antonij bezeichnete die Freiheit der Kirche in der Sowjetunion als eine „äußerst relative“. Es sei leichter aufzuzählen, was der Kirche gestattet ist, als das, was ihr verboten ist. Sie nähme am gesellschaftlichen Leben des Landes überhaupt nicht teil, habe nicht das Recht religiöser Propaganda und sei jeder Möglichkeit beraubt, gegen die antireligiöse Propaganda zu kämpfen. Doch am wichtigsten sei es, betonte der Erzbischof, daß die Kirche weiterhin der betende Leib Christi bleibe (nach „Russkaja Mysl“, 19. 3. 64).

Die innere Haltung der russischen Kirchenführer

Es kann kaum bezweifelt werden, daß die Aussagen der beiden Metropoliten, die auf Veranlassung der Sowjetregierung die Weltmeinung über die religiösen Zustände in der Sowjetunion beruhigen sollten, bei völliger politischer Freiheit anders gelautet hätten. Beide Kirchenführer haben aber ihre schwierige Aufgabe mit Würde und Geschick gemeistert, indem sie vor allem die Stärke des christlichen Glaubenszeugnisses in der Sowjetunion unterstrichen. Durch alle taktisch oder durch eine im Westen unverständliche Begriffsterminologie bedingten Verzerrungen hindurch erreicht die westlichen Christen ihre tiefe Glaubensüberzeugung, daß auch die Pforten der Hölle die Kirche Christi nicht überwinden werden. „Die Glieder unserer Kirche“, schließt Metropolit Pimen seinen Brief in „Golos rodiny“, „...sehen keinen Grund, sich über die Zukunft Sorgen zu machen. Indem sie ihr Leben dem Dienst an Gott und dem Nächsten weihen, wirken sie mit am Aufbau einer neuen Gesellschaft in ihrem Lande und bereiten sich geistlich für das ewige Leben vor. Sie glauben an die unverbrüchlichen Worte unseres Herrn Jesu Christi, der zu seinen Jüngern und durch sie zu allen seinen Nachfolgern gesagt hat: „Ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende“ (Matth. 28, 20).

Die Situation, in die ihre Kirche unter den Bedingungen eines atheistischen Regimes stellvertretend für die ganze Christenheit in einer säkularisierten Welt gestellt ist, akzeptieren die verantwortlichen Kirchenführer in demütiger Fügung in den Willen Gottes und in dem Bemühen, den Sinn des Ewigen im Zeitlichen zu erkennen. Wie sich hierbei die Perspektiven in der Beurteilung der Unterschiede in der geistig-religiösen Situation in Ost und West in einem für uns überraschenden Sinn verschieben, der ihren Erklärungen eine oft etwas unverständliche oder eine leicht mißzuverstehende Tendenz verleiht, zeigen folgende Worte des greisen russischen Patriarchen aus einer Rede, die er im vergangenen Sommer anlässlich seines fünfzigjährigen Bischofsjubiläums hielt: „Wir hören ständig Aufrufe zur Freiheit, in denen jedoch häufig der Begriff der wahren Freiheit durch einen Freiheitsbegriff ersetzt wird, der den Fall in die Knechtschaft der Sünde beinhaltet. Diese Freiheit negiert die sittlichen Pflichten des Menschen, steigert maßlos seinen Egoismus und lehnt eine aufopfernde Liebe zum Nächsten ab. Das Wesen der wahren Freiheit ist in christlicher Sicht ein ganz anderes. Wahre Freiheit zeigt sich in einem Streben zum allgemeinen Wohl, in einer Vervollkommnung und guten Intention des Lebens aller Menschen, in Gerechtigkeit und tatkräftiger Liebe. Diese fordert anstelle einer Selbstisolierung in einer trügerischen ‚persönlichen‘ Freiheit eine opferbereite Hingabe der eigenen Person für das Wohl der Nächsten nach dem Wort des Evangeliums: ‚Niemand hat größere Liebe denn die, daß er sein Leben läßt für seine Freunde‘ (Joh. 15, 13).“

Reaktion der sowjetischen Atheisten

Erst am 28. April sah sich die Moskauer regierungsamtliche „Izvestija“ veranlaßt, vor den sowjetischen Lesern zu der Pariser Kundgebung vom 11. März Stellung zu nehmen. Unter der Überschrift „Götterdämmerung“ werden hier tendenziös-ironisch der Ausruf François Mauriacs, Christus liege in Moskau im Todeskampf, und die Versicherung des Metropoliten Nikodim, die Kirche in der Sowjetunion führe ein aktives Leben, gegeneinander ausgespielt. Es wird versichert, die höchsten Vertreter der

Orthodoxen Kirche — Nikodim, Pimen, Antonij — hätten die „Erfindungen der militanten Klerikalen“ dementiert. Einzelheiten werden jedoch nicht genannt. Nur aus Nikodims Beantwortung der ersten Frage Kanapas und aus seiner Charakterisierung der antireligiösen Propaganda als eines Kampfes gegen die Religion als System von Ideen (s. oben) wird knapp zitiert. Wenn man im „Pariser Komitee“ den Rückgang der Zahl der Gläubigen, Geistlichen und Kirchen in der Sowjetunion als Folge von Religionsverfolgungen hinstelle, so vergesse man, daß die Lage des Christentums etwa in Frankreich oder Italien, wo es keine „Verfolgungen“ gäbe, nicht anders ist.

Mit diesem Hinweis auf den allgemeinen Säkularisierungsprozeß in der Welt verschweigt der Autor jedoch zugleich die Tatsache, daß sich die Sowjets bemühen, diesen Prozeß im eigenen Lande mit allen, auch mit Gewaltmitteln zu beschleunigen. Im Hinblick auf den Niedergang der Religion und besonders des Christentums in aller Welt (was durch Feststellungen katholischer Autoritäten, wie P. Liégé OP, belegt wird) kann der atheistische Autor andererseits die Meinung des Metropoliten Nikodim desavouieren: er sähe die Lage seiner Kirche in einem rosigen Licht.

Weitere sowjetische Reaktionen bleiben abzuwarten. Die Atheisten-Zeitschrift „Wissenschaft und Religion“ hat bis zum Maiheft geschwiegen.

Aus der totalitären Welt

Verstärkte Anstrengungen zur kommunistischen Erziehung in Mitteldeutschland

Seit Herbst 1963 sind in Mitteldeutschland verstärkte Anstrengungen der SED zur Intensivierung der kommunistischen Erziehung festzustellen. Zu diesem Urteil gelangt man, wenn man

die Stellungnahmen der mitteldeutschen Presse und die in ihr veröffentlichten Konferenzberichte zur Kenntnis nimmt.

Die Erörterung der Erfolge und Mißerfolge im Staatsbürgerkunde-Unterricht, verbunden mit einem Suchen nach besseren Unterrichtsmethoden, bildet seit Monaten einen Schwerpunkt in der SED-Presse (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 338 ff.). Das parteiamtliche „Neue Deutschland“ widmet wiederholt ganze Seiten der Sonntagsbeilage und sogar Leitartikel diesem Problem. Auch die theoretische Zeitschrift der SED, „Einheit“, die „Deutsche Lehrerzeitung“ und andere Fachzeitschriften schenken dieser Frage große Aufmerksamkeit. In Leserzuschriften und Artikeln wurde gegen verbreitete Heuchelei, gegen Zensurierung und Phrasendrescherei Stellung genommen.

In der organisierten Pressediskussion forderten zahlreiche Lehrer mehr fachlich-pädagogische Unterstützung durch die Universitäten, Institute und die leitenden Organe der Volksbildung. Als Vorschläge kristallisierten sich vor allem folgende Punkte heraus:

- verstärkte Qualifizierung der Lehrkräfte, Heranbildung von Fachlehrern,
- Herausgabe von Lehrbüchern für Lehrer und Schüler,
- Erarbeitung und Erprobung eines neuen Lehrplans.

In einem Leitartikel des „Neuen Deutschland“ vom 30. Januar 1964 wurde die Ausbildung von Fachlehrern in Staatsbürgerkunde gefordert. Bisher hatten die Lehrer dieses Faches meist eine ungenügende Ausbildung. Ab

September 1964 sollen an der Leipziger Karl-Marx-Universität in einem vierjährigen Studium Fachlehrer für den Staatsbürgerkunde-Unterricht ausgebildet werden, die außerdem Geschichte und Deutsch (Nebenfächer) lehren können.

Im Herbst 1964 soll ein neuer Lehrplan dieses Faches in Kraft treten, der nicht vom Volksbildungsministerium, sondern von einer Arbeitsgruppe der Ideologischen Kommission des Politbüros der SED ausgearbeitet wurde. Gegenwärtig wird dieser Entwurf bereits von einer Gruppe ausgewählter Lehrer an verschiedenen Schulen erprobt. Der Minister für Volksbildung, Margot Honacker, teilte am 28. März 1964 in einem Artikel in der Sonntagsbeilage des „Neuen Deutschland“ mit, daß wesentliche, umfangreiche Vorarbeiten für die Ausarbeitung von Lehrbüchern bereits geleistet werden.

In den letzten Monaten wurde klar erkennbar, daß künftig wieder intensiver die kommunistische Weltanschauung propagiert werden soll. An den Schulen wird jetzt noch stärker die ganzheitliche kommunistische Erziehung betont. Auch den naturwissenschaftlichen Fächern werden Erziehungsaufgaben zugewiesen. Am eindeutigsten gehen diese Absichten aus dem Konferenzbericht „Weltanschauung und Schule“ hervor, der im Dezemberheft 1963 der „Einheit“ abgedruckt wurde. Darin wird über eine Arbeitstagung „Biologieunterricht — Biologie — Philosophie“ berichtet, die am 15. und 16. Oktober 1963 in Mühlhausen (Thüringen) stattfand. Diese Tagung wurde vom Pädagogischen Institut Mühlhausen, der Redaktion der Zeitschrift „Biologie und Schule“ und der Abteilung Philosophische Probleme der modernen Naturwissenschaften des Philosophischen Instituts der Humboldt-Universität durchgeführt. An ihr haben 200 Lehrer, Lehrerausbilder und Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen sowie Partei- und Staatsfunktionäre teilgenommen.

Das Hauptreferat über die Aufgaben der ideologischen Erziehung im Unterricht der allgemeinbildenden Schule hielt — unter besonderer Berücksichtigung des Biologieunterrichts — der Direktor des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts, Prof. Dr. Gerhart Neuner, der zugleich auch Kandidat des Zentralkomitees der SED ist. Über die Beziehungen des dialektischen Materialismus zur Biologie sprach Dr. Rolf Löther vom Philosophischen Institut der Humboldt-Universität.

Spezifisches Anliegen dieser Arbeitstagung war die Hervorhebung der weltanschaulich-erzieherischen Rolle des Biologie-Unterrichts. Die Absichten der SED-Führung ergeben sich am deutlichsten aus folgenden Stellen des Tagungsberichts. Prof. Dr. Neuner nannte in seinem Referat folgende Gesichtspunkte:

„Ferner ist der Aufbau der naturwissenschaftlichen Fächer durchaus geeignet, bei den Schülern Schritt für Schritt weltanschauliche Überzeugungen herauszuarbeiten. Insbesondere verfügt der Biologieunterricht über fachspezifische Potenzen dafür, wesentliche Schlußfolgerungen der wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus zu ziehen oder vorzubereiten und die politisch-moralische Haltung der Jugend zu formen. Da der Lehrplan für den Biologieunterricht im wesentlichen linear aufgebaut ist, ergibt sich die Möglichkeit, z. B. den Entwicklungsgedanken — eines der zentralen weltanschaulichen Probleme — gut vorzubereiten und die Entwicklungslehre selbst wie auch die Theorie von der Entstehung des Lebens ausführlich zu behandeln... Bei der Ausarbeitung dieses Systems geht es vor allem um folgendes: Leitlinien der ideologischen Erziehung der Herausbildung entsprechender Kenntnisse und Überzeugungen zu erarbeiten, die alle Fächer durchziehen; ‚Knotenpunkte‘ für weltanschauliche Verallgemeinerungen in den einzelnen Fächern und den einzelnen Stoff-